

Teilhabe statt (nur) Teilnehmen

Positionspapier des Familienbundes Paderborn
Inklusion

Beschluss des Diözesanvorstandes vom 23.11.2012



**Familienbund
der Katholiken**

Teilhaben statt (nur) Teilnehmen

Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonventionen im Jahr 2009 verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland, allen Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, Inklusion zu verwirklichen. Die Bundesrepublik Deutschland wird folglich aufgefordert, die Menschenrechte stärker in den Blick zu nehmen.



Im Bereich der Bildung kommt im Moment niemand an dem Begriff der Inklusion vorbei. Dennoch reicht es auch nicht aus, Inklusion allein auf den Bildungsbereich oder auf Menschen mit Behinderungen zu beschränken. Sie meint vielmehr die Auffassung, Menschen in all ihrer Heterogenität positiv zu begegnen. Sie schließt somit alle Menschen, egal welcher Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Herkunft, Sprache und eben auch Beeinträchtigung mit ein. Sie tritt der Diskriminierung entgegen. Darüber hinaus muss auch in den Blick genommen werden, wie von staatlicher Seite aus, Ausgrenzungen entgegen gewirkt wird (Bsp. Sozialgesetzgebung).

Dieser Gedanke, jeden Menschen so anzunehmen und am Leben teilhaben zu lassen, wie er ist, ist zutiefst christlich.

Teilhabe meint nicht, nur dabei zu sein, sondern anerkannt und geschätzt zu werden.

Teilhabe meint nicht, nur dabei zu sein, sondern entsprechend der individuellen Voraussetzungen gefördert und gefordert zu werden.

Teilhabe meint nicht, nur dabei zu sein, sondern selbst aktiv werden und sich entfalten zu können.

Die Teilhabe fordert eine veränderte Haltung bei allen Beteiligten ein. Diese kann nicht einfach von oben verordnet werden, und dies kann auch nicht ohne zusätzliche Unterstützung geschehen.

Wir fordern:

- Bei allen inklusiven Entwicklungen muss das Wohl des Einzelnen Kindes im Vordergrund stehen.
- Kindertageseinrichtungen und Schulen müssen eine individualisierte Entwicklungs- und Lernkultur entwickeln.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kindertageseinrichtungen und Schulen benötigen umfangreiche Fort- und Weiterbildungen sowie eine unterstützende Begleitung bei den Veränderungsprozessen.
- Qualifizierte heil- und sonderpädagogische Unterstützung muss an den Kindertageseinrichtungen und Schulen verankert werden.
- Es müssen verlässliche Rahmenbedingungen für Entscheidungsträger und Einrichtungen geschaffen werden, mit denen sie langfristig planen können. Dazu gehört insbesondere die Sicherheit, dauerhaft über quantitativ und qualitativ ausreichende personelle Ressourcen verfügen zu können.
- Die Träger müssen notwendige bauliche und sächliche Voraussetzungen für inklusive Einrichtungen schaffen.
- Kinder und Eltern müssen gut über die für die bestehenden Bildungsangebote und die anstehenden Veränderungen informiert werden.
- Auf lokaler Ebene sollten Inklusionsbeauftragte ernannt werden, die die anstehenden Veränderungsprozesse begleiten, unterstützen und den Informationsaustausch, auch über die Gemeindegrenzen hinaus, fördern.

Beschluss des Diözesanvorstandes vom 23.11.2012